

Maßnahme Q1

Klimawandelanpassung als neue Herausforderung

Neben den Klimaschutzmaßnahmen muss sich die Stadt verstärkt mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen. Von ihnen ist die Stadtgesellschaft insgesamt, vorrangig aber eine Reihe von vulnerablen Gruppen betroffen, die aufgrund von Alter, Behinderung oder prekären Lebensumständen nicht in der Lage sind, sich gegen die aktuellen Gefahren von Extremwetter-Ereignissen, Hitze oder langanhaltender Trockenheit ausreichend zu schützen.

Ziel:

Für die Schaffung von mehr Resilienz muss die Universitätsstadt gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren und der Stadtgesellschaft schnell Konzepte und Strategien entwickeln, die vor den Gefahren des Klimawandels vor Ort wirksamen Schutz bieten. Das geschieht aktuell bereits vorrangig durch die Arbeit der interdisziplinären städtischen Arbeitsgruppe mit Unterstützung eines Fachplanungsbüros (siehe www.tuebingen.de/klimaanpassung). Aufgrund der außerordentlichen Bedeutung solcher Konzepte für das tägliche Leben aller Bevölkerungsgruppen schlechthin werden im folgenden Abschnitt zur Verdeutlichung der Aufgabenstellung deren wesentlichen Ziele und Maßnahmen aufgelistet:

Konkrete kommunale Maßnahmenoptionen:

- I. Um auf Extremwetterereignisse besser vorbereitet zu sein, muss das Wassermanagement und die Effizienz der Entwässerungsanlagen geprüft und, wo notwendig, verbessert werden.
- II. Sowohl in bestehenden wie in neuen Quartieren müssen mit Zisternen und Rückhaltebecken Wassermassen einerseits eingedämmt und andererseits für Trocken- und Hitzeperioden gespeichert werden können
- III. In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr, dem THW und den Hilfsorganisationen müssen ggf. Katastrophenpläne einschließlich der Rettungsmaßnahmen für vulnerable Gruppen (Pflegeheime, Wohnbereiche für Menschen mit Einschränkungen...) überarbeitet werden.
- IV. Um an Hitzetagen ausreichend Schatten zu gewährleisten, müssen Baumbestände, Wasser und schattenspende Elemente sowie öffentlich zugängliche Räume in der Stadt identifiziert und erweitert werden, in denen Menschen vor Hitze Zuflucht suchen und sich mit Trinkwasser versorgen können. Zusätzlich muss die Entsiegelung von Flächen vorangetrieben werden.
- V. Anreize für Dach- und Fassadenbegrünungen können im Bestand für eine Abkühlung des Straßenraums und der Innenflächen sorgen. Wo immer dies technisch und statisch möglich ist, sollen Photovoltaik und Dachbegrünung gemeinsam umgesetzt werden. In Fällen, in denen aus wasserwirtschaftlichen Gründen – insbesondere zur Verbesserung des Regenwasserrückhalts – eine Dachbegrünung sinnvoll ist, soll diese im Sinne eines Beitrags zum Schwammstadt-Prinzip umgesetzt werden.
- VI. Wo Flächen entwickelt und bebaut werden, müssen Aspekte der Klimaresilienz verstärkt berücksichtigt werden. Ziel muss die Entwicklung von Schwammstadt-Bedingungen sein.

Beteiligte und ihre Aufgaben:

Universitätsstadt Tübingen:

Koordination von Schutz- und Präventionsmaßnahmen, Entwicklung bzw. Weiterentwicklung der Konzepte zum Hitzeschutz und zum Schutz gegen Extremwetterereignisse.

Stadtwerke Tübingen GmbH (SWT):

Kontrolle der Kanalisation und deren Aufnahmefähigkeit bei Extremwetterereignissen

Gesellschaft:

Mitwirkung bei Bekanntmachen der Möglichkeiten und konkreter Vorbereitung auf Hitzeperioden

und Extremwetterereignisse durch Akteure wie Stadtteiltreffs, Hilfsorganisationen, Kirchen und weitere Vereine und Initiativen. Angebote zur konkreten Unterstützung vulnerabler Gruppen im Bedarfsfall.

Hemmnisse, Herausforderungen, Konfliktpotenzial, Besonderheiten:

Ein Problem besteht in der eingeschränkten Erreichbarkeit gerade jener Gruppen, die in Extrem- oder Katastrophensituationen besonders belastet bzw. gefährdet sind. Auch die Frage ihrer finanziellen Belastbarkeit bei der Schaffung besserer Bedingungen im Wohnbereich stellt sich. Kontinuierliche Zusammenarbeit und regelmäßige Übungen der Hilfsorganisationen erfordern ein hohes Maß, vor allem an ehrenamtlichem Engagement. Die Umgestaltung von Bestandsflächen und der Neubau von Quartieren nach den Prinzipien der Schwammstadt erfordert erhebliche finanzielle Anstrengungen der Stadt sowie von Dritten. Dabei ist die Mitwirkung des Landes (Behörden, Universität, UKT) und anderer Eigentümer, etwa von großen Gewerbeflächen, von entscheidender Bedeutung.